

Beschlussbuch

Erweiterter Landesausschuss der Jusos Sachsen 17. Januar 2010 in Dresden

Inhalt

Beschluss I5 Unsinnige Flüssigkeitenregelung abschaffen!.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Beschluss UV3 Informationspflicht der Gasversorger: Aufklärung über Odorierstoffe.....	2
Beschluss UV4 Eine Steckdose für Europa.....	2
Beschluss UV5 LED-Straßenbeleuchtung fördern.....	2

Beschluss I5:

Die SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die seit dem 06. November 2006 geltende Regelung, wonach nicht mehr als 100ml einer Flüssigkeit in den Sicherheitsbereich eines Flughafens mitgeführt werden dürfen, abgeschafft wird.

Beschluss UV3: Informationspflicht der Gasversorger: Aufklärung über Odorierstoffe

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Die SPD Sachsen fordert, dass alle Gasversorger verpflichtet werden, alle ihre Kunden über die Art der Beimischung von sogenannten Odoriermitteln („Alarmgeruchsstoffe“) und über die damit verbundenen möglichen Gefahren in allgemein verständlicher Form zu informieren. Diese Information muss durch eine Beschreibung des verwendeten Stoffes sowie eine Geruchsprobe für jede Familie, die ein versorgtes Gebäude bewohnt, erfolgen.

Beschluss UV4: Eine Steckdose für Europa

Die Europäische Kommission beschließen:

Wir Jusos fordern die Europäische Kommission auf, bis zum Jahr 2015 gesetzlich vorzuschreiben, dass der Wechselstrom-Steckverbinder IEC 60906-1 in der gesamten Europäischen Union für alle neuen Elektroinstallationen als Standardsteckverbinder einzusetzen ist. Ab dem Jahr 2020 sollen die bisher eingesetzten Steckverbinder überhaupt nicht mehr neu installiert werden dürfen. Ferner ist anzustreben, alle nicht zur Union gehörenden Nachbarländer ebenfalls in diesen Prozess zu integrieren.

Beschluss UV5: LED-Straßenbeleuchtung fördern

Die Jusos Sachsen setzen sich für den flächendeckenden Einsatz von LED-Straßenbeleuchtungen ein. Entsprechend verstärkte Investitionen soll der Freistaat Sachsen für Forschung bereitstellen. Darüber hinaus bedarf es einer finanziellen Unterstützung der Kommunen für die Umsetzung dieses Vorhabens.